

Millionenspende:

Google stiftet 25.000 Rechner für Flüchtlinge

Von [Fabian Reinbold](#)



SPIEGEL ONLINE

Flüchtling mit Google-Chromebook in Berlin: Fünf-Millionen-Spende

Google will 25.000 Internet-Rechner an Flüchtlinge in Deutschland verteilen lassen. Es ist nur eine von vielen Initiativen, die Flüchtlinge ins Netz bringen sollen - was wurde eigentlich aus den bisherigen?

Es dürfte die wohl größte Einzelspende in der deutschen Flüchtlingskrise sein: Google stellt für Asylbewerber 25.000 Internet-Computer zur Verfügung. Die Spende hat laut dem Konzern einen Wert von 5,3 Millionen US-Dollar, das sind knapp 4,9 Millionen Euro. Zum Vergleich: Google setzte 2014 pro Tag etwa 180 Millionen Dollar um.

Es handelt sich um Chromebooks, Rechner mit wenig Software, die über den Browser als Zugang zu Cloud-Programmen funktionieren. Die Spende kommt von Google.org, der Wohlfahrtsorganisation des Konzerns. Vereine und Verbände, die sich in Deutschland um Geflüchtete kümmern, können die Geräte bei einer Initiative beantragen.

[Das Projekt heißt Reconnect](#) und die Verteilung der Computer soll die Organisation Nethope in den kommenden sechs Monaten managen. Deren Chef, eigens aus Seattle angereist, gab sich bei der Präsentation des Projekts am Montag in einem Berliner Flüchtlingsheim amerikanisch-vollmundig: Die Initiative will im Jahr 500.000 Flüchtlinge erreichen, sagte Frank Schott. Das wäre fast jeder zweite derjenigen, die 2015 nach Deutschland gekommen sind.

Anträge sollen nicht nur Betreiber von Asylbewerberheimen stellen können, sondern auch andere Initiativen, die sich etwa um die Betreuung kümmern.

In einer Flüchtlingsunterkunft in Berlin-Wilmersdorf wurde ein Pilotprojekt eingerichtet, das am Montag vorgestellt wurde. Dort sitzen mehr als 1000 Flüchtlinge im Alten Rathaus und schlagen notgedrungen Zeit tot. Sie rauchen vor dem Eingang Wasserpipe im Berliner Nieselregen, sitzen mit dem Smartphone in der Hand auf Fensterbänken.

Internetcafé-Modus und der Kiosk-Modus

Seit Montag stehen nun in zwei Räumen 20 der Google-Rechner, benutzbar von 10 bis 20 Uhr und in mehreren Spracheinstellungen. Es gibt zwei Modi, in denen die Rechner hier und anderswo betrieben werden sollen: In einem Internetcafé-Modus kann der Benutzer frei alles im Netz ansurfen, was den Jugendschutzfilter passiert. Ganz leicht sollen Betreiber auch auf einen Kiosk-Modus umschalten können - dann läuft auf den Rechnern nur noch eine Seite; etwa ein Online-Deutschkurs.

Googles Initiative ist Teil der vielfältigen Bemühungen, Flüchtlinge mit einem Internetzugang zu versorgen. Im Sommer und Herbst wurden viele Vorhaben verkündet, mittlerweile beherrschen andere Themen die Schlagzeilen zur Flüchtlingskrise.

Dabei hat sich die Einsicht in die Bedeutung, die Netz und Smartphone für Geflüchtete haben, in weiten Teilen der Gesellschaft durchgesetzt - vom rechten Rand einmal abgesehen. Was wurde aus diesen Initiativen?

- Die **Telekom** hatte im September angekündigt, man werde Erstaufnahmeeinrichtungen mit drahtlosem Netz versorgen. Jetzt sagte Gabriele Kotulla, beim Unternehmen für *corporate responsibility* verantwortlich, man habe 65 Erstaufnahmeeinrichtungen vernetzt - dazu zählt das Heim in Berlin, wo Googles Aktion gestartet ist. 75.000 Flüchtlinge seien insgesamt erreicht worden. Man wolle das Engagement "auf jeden Fall fortführen", sagte Kotulla, schließlich helfe es bei der Integration.
- In vielen Regionen sind auch private Initiativen aktiv, die den Flüchtlingen offenes und freies Netz zur Verfügung stellen wollen - die sogenannten **Freifunker**. Mal erhalten sie Unterstützung von der Verwaltung vor Ort, oft auch nicht. [Das größte Problem ist dabei die sogenannte Störerhaftung](#), nach der ein Betreiber eines Hotspots für die Inhalte der Nutzer zur Rechenschaft gezogen werden kann. Die Regelungen in Deutschland sind insbesondere für privat betriebene WLANs kompliziert, über die Reform gibt es zwischen Ministerien und Fraktionen [sowie zwischen Bund und Ländern seit Monaten Streit](#).
- Dabei erkennen immer mehr **Verwaltungen** zumindest den Bedarf an einem Internetzugang. München hat beschlossen, die städtisch betriebenen Unterkünfte schrittweise mit offenem WLAN zu versorgen. Hamburg plant bis zum Juli Funknetze für jede Unterkunft - bislang sind dort nach Angaben der Stadt 15 von 34 Erstaufnahmen und ein Drittel der 90 Folgeunterkünfte vernetzt. Es geht also voran, wenn auch langsam.